komba rundschau
schleswig-holstein
Mitgliedermagazin der komba gewerkschaft s-h

Heft Juli/August2025

Finanzbremse gelockert – Vertrauen gefährdet

Milliardenschwere Sondervermögen und neue Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz sollen den öffentlichen Dienst entlasten und das Wachstum stärken. Doch während das Geld fließt, droht ausgerechnet beim Personal erneut eine Belastung: Die geplante Kürzung des Versorgungsfonds sorgt für scharfe Kritik – und wirft die Frage auf, ob Haushaltskonsolidierung wieder einmal auf dem Rücken der Beamt*innen betrieben wird.

komba gewerkschaft schleswig-holstein

Fachgewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion schleswig - holstein

Inhalt

Finanzpolitische Bremsen pausieren 3

komba-Infos zu Urlaub und Hitze 4

Frühjahrstagung 5

Auf einer Linie mit der Bürgerbeauftragten 5

komba beim dbb Landesbeirat 6

Eisessen des komba-Regionalverbandes RD-Eck 7

Senior*innen 7

Jugend 8

komba Bundesmagazin

Herausgeberin:
komba gewerkschaft schleswig-holstein - Fachgewerkschaft für den öffentlichen Dienst, Hopfenstraße 47, 24103 Kiel
Telefon 0431 535579-0
E-Mail: info@komba-sh.de,
Internet: www.komba-sh.de
Redaktion: leitende Redakteurin Sandra Hauschildt, Daniel Schlichting
Beiträge: Kai Tellkamp (KT), Christian Sehlleier (CS), Tatje Lass (TL), Kirsten Larsen (KL).
Fotos: eigene, Adobe Stock: Janina_PLD, Zerbor.
Auflage: ca. 4.000 Stück
Redaktionsschluss: 21.07.2025

Die komba rundschau wird an die Mitglieder der komba gewerkschaft schleswig-holstein abgegeben. Sämtliche Kosten sind durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.
Nachdruck und sonstige Verbreitung nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Verlag: DBB Verlag GmbH. Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. Verlagsort und Bestellanschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin
Telefon: 030.7261917 - 0
Telefax: 030.7261917 - 40

Liebe Kolleg*innen,

unsere Demokratie wird zunehmend unter Druck gesetzt – und das nicht mehr vom Rand, sondern aus der Mitte der Gesellschaft heraus. Wenn heute das Hissen der Regenbogenflagge zur Grundsatzfrage erklärt wird, Christopher-Street-Days wegen Sicherheitsbedenken abgesagt werden müssen und Teilnehmende auf Vielfaltsfesten von rechten Idioten körperlich angegriffen werden, zeigt das: Was früher Ausdruck von Vielfalt und Respekt war, wird heute systematisch angegriffen.

Gleichzeitig beobachten wir eine gezielte Delegitimierung demokratischer Institutionen – besonders dann, wenn Frauen Verantwortung übernehmen. Die verbalen Angriffe und Drohungen auf die Bundeswahlleiterin zur Bundestagswahl, auf die Sonderermittlerin Margaretha Sudhof im Maskendeal-Komplex oder die Blockade der Wahl von Frauke Brosius-Gersdorf zur Richterin am Bundesverfassungsgericht zeigen ein besorgniserregendes Muster: Wer unabhängig, integer, kritisch (und Frau) ist, wird diffamiert – oft von denselben Kräften, die das Vertrauen in den Staat und seine Organe systematisch untergraben wollen.

Die AfD und andere rechte Gruppierungen versuchen, unsere demokratischen Strukturen von innen auszuhöhlen. Gerade deshalb braucht es eine wehrhafte Verwaltung, die handlungsfähig ist – insbesondere in jedem Rathaus, jeder Amtsverwaltung und jedem Kreishaus. Schon deshalb – und hierbei handelt es sich ausdrücklich um meine persönliche Meinung – kann eine AfD-Mitgliedschaft nicht mit dem Grundgesetz und dem Beamtenverhältnis vereinbar sein.
Damit Kommunen die Herausforderungen der nächsten Jahre meistern können, müssen sie endlich mit dem ausgestattet werden, was sie brauchen: ausreichend Personal, moderne Arbeitsmittel und politische Rückendeckung. Und genau dafür stehen wir als komba gewerkschaft. Wir kämpfen für die, die jeden Tag unsere Demokratie tragen – mit Kompetenz, Haltung und Engagement. Unsere Stimme bleibt laut – für eine starke Verwaltung und eine wehrhafte Demokratie.

Mit kollegialen Grüßen,
Daniel Schlichting

Sie möchten an der Personalrätekonferenz am 25. September 2025 teilnehmen?

Wir haben bereits über 70 Plätze vergeben – melden Sie sich daher gern zeitnah an unter: **info@komba-sh.de**

Finanzpolitische Bremsen pausieren:

Viel Geld – viel Arbeit – viele offene Fragen – viel Ärger

Ob und wie der öffentliche Dienst funktioniert, ist insbesondere davon abhängig, ob für die ihm zugewiesenen Aufgaben ausreichend Geld da ist und ob es sinnvoll ausgegeben wird. Dabei bedeuten „ausreichend“ und „sinnvoll“ aus gewerkschaftlicher Sicht natürlich auch, dass für die Gewinnung, Bindung und Motivation der Beschäftigten genügend Mittel zur Verfügung stehen – spätestens hier wird es meistens eng. Ungeachtet dessen werden neue – schuldenfinanzierte – Milliardensummen bereitgestellt, insbesondere für die Modernisierung der Infrastruktur, womit auch das Wirtschaftswachstum gefördert werden soll. Bereits in der letzten Ausgabe der komba rundschau haben wir die aktuelle Finanzpolitik skizziert. Ein Upgrade.

Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität

Von den 100 Milliarden Euro, die der Bund den Ländern und Kommunen bereitstellt, sollen nach einem vorliegenden Gesetzentwurf des Bundes 3,455807888 Prozent („Königsteiner Schlüssel“, der im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens noch leicht modifiziert werden soll) auf Schleswig-Holstein fallen. Von diesem Anteil wiederum sollen die Kommunen 62,5 Prozent erhalten. Das bedeutet zusätzliche Mittel für Investitionen in Höhe von rund 2,16 Milliarden Euro für die Schleswig-Holsteinischen Kommunen.

Der Kommunalanteil in Schleswig-Holstein ist Gegenstand einer Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den Kommunalen Spitzenverbänden. Er geht geringfügig über das bundesgesetzlich ursprünglich vorgesehene Mindestmaß (60 Prozent) hinaus. Dabei hat das Land zugesagt, keine Vorgaben für die Verwendung der Mittel zu machen, die über bundesrechtliche Regelungen hinausgehen. Dies ist aus Sicht der komba zu begrüßen, denn die Kommunen wissen natürlich am besten, wo vor Ort der Schuh drückt. Der konkrete Verteilungsmaßstab des Kommunalanteils (welche Kommune bekommt was?) soll bis Ende des Jahres von den Kommunalen Landesverbänden ausgearbeitet werden.

Den Löwenanteil des Sondervermögens – nämlich weitere 400 Milliarden Euro – verantwortet jedoch direkt der Bund. Auch aus diesen Mitteln werden voraussichtlich Förderprogramme aufgelegt, von denen die Kommunen profitieren können. In Schleswig-Holstein ist laut Vereinbarung zwischen Landesregierung und Kommunalen Spitzenverbänden keine weitere Landesförderung vorgesehen. Die Kommunen müssen ihre Eigenanteile selbst tragen – etwa bei 8 Millionen Euro Förderung sind 2 Millionen Euro kommunal zu finanzieren. Es wird also spannend, welche Projekte realisiert werden, wie die öffentlichen Dienststellen unzumutbare Zusatzbelastungen der Beschäftigten vermeiden wollen und welche Auswirkungen die Maßnahmen auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der verschiedenen staatlichen Ebenen und auf das Personal haben werden.

Entwurf für den Landeshauhalt 2026 liegt vor – Kritik an Kürzung des Versorgungsfonds

Die Haushaltsplanung des Landes für das nächste Jahr jedenfalls ist kein gutes Vorzeichen. Die Landesregierung plant, aus dem Versorgungsfonds 300 Millionen Euro zur Haushaltsdeckung abzuzweigen.

„Für mich sieht das so aus, als würden die Beamt*innen für die von der Politik verzockten Northvolt-Millionen haften“ kommentiert dbb Landesbundvorsitzender **Kai Tellkamp** diesen Plan. Dieses Vorhaben ist Bestandteil der Haushaltsplanung für das Jahr 2026, die Finanzministerin **Silke Schneider** am 22. Juli vorgestellt hat.

Die Mittel aus dem Versorgungsfonds müssen nach Überzeugung des dbb sh aufgrund seiner Finanzierungshistorie und geltenden Zweckbindung uneingeschränkt den Beamt*innen zur Verfügung stehen. Sie haben diese Mittel durch gekürzte Besoldungsanpassungen selbst finanziert. Die Einbußen haben im Jahr 2017 einen Stand von 2,8 Prozent erreicht. Sie wirken aber bis heute fort, so dass die Beamt*innen auch die ergänzenden Fondszuführungen der letzten Jahre ermöglicht haben.

Zu bedenken ist auch, dass die Rechtsgrundlage für den Versorgungsfonds bewusst so ausgestaltet wurde, dass die Mittel zweckgebunden für die Finanzierung der Beamtenversorgung zur Verfügung stehen. Wenn das Versorgungsfondsgesetz geändert werden soll, um die Mittel umzuwidmen, dann ist das ein erneuter Versuch, Haushaltskonsolidierung auf dem Rücken der Beamt*innen zu betreiben. Und das in einer Zeit, in der ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst mehr denn je gebraucht wird - übrigens

auch für die funktionierende Verwendung der neuen Infrastrukturmilliarden, für die die finanzpolitische Bremse gelockert wird. Wenn die öffentlichen Kassen geradezu geflutet werden und die Beamt*innen einen Nackenschlag kassieren, dann passt das einfach nicht zusammen.

Die Landesregierung und letztendlich der für die Gesetzesänderung zuständige Landtag müssen sich entscheiden: Die Finger davonlassen oder sich selbige verbrennen. Denn der Griff in die Versorgungskasse würde erneut wichtiges Vertrauen kosten.

KT ■

komba-Infos zu Urlaub und Hitze

Gut informiert durch den Sommer:
Die komba unterstützt ihre Mitglieder mit wichtigen Infos rund um Urlaub, Krankheit und Hitzeregelungen.

Sommerzeit ist für viele Kolleg*innen auch Urlaubszeit. Zur Sommerzeit gehören aber auch zunehmend Hitzephasen, denen die Kolleg*innen, die vor Ort die Stellung halten, ausgesetzt sein können. Die komba hat diese beiden Themen in ihren Service, Mitglieder mit zu aktuellen Infos zu versorgen, einbezogen.

An dieser Stelle ein Essenz zum Thema „Krank im Urlaub“: Das ist zwar ärgerlich aber bedeutet nicht, dass der Urlaubsanspruch fusch ist. Denn die Tage, für die ein Arzt/eine Ärztin die Arbeitsunfähigkeit bescheinigt, müssen wieder gutgeschrieben werden. Die Meldung muss den Arbeitgeber unverzüglich erreichen. Ergänzend wichtig für Beamt*innen:

Auch die Ansprüche auf Arbeitszeitverkürzungstage gehen nicht verloren bei Krankheit an den dafür vorgesehenen Tagen; auch hier gilt: die Dienstunfähigkeit ist durch ärztliche Bescheinigung nachzuweisen.

KT ■

Seite 5 →

dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB Bank
Better Banking

Konto
kostenlos[1] & easy

+ bis zu 150 € Startprämie[2]
+ **On Top:** 50 € für dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen
+ kostenlose Visa DirectCard[3] (Ausgabe einer Debitkarte)
+ weltweit gebührenfrei Geld abheben[3]
+ persönlich und digital

Jetzt informieren
www.bbbank.de/dbb
Antje Stets
Tel.: 0162 27 30 942
E-Mail: antje.stets@bbbank.de

[1] Voraussetzungen: Eröffnung BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen. Bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres kostenfrei. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a. [2] Voraussetzungen Startprämie: 50,– Euro für die Eröffnung eines BBBank-Girokontos mit Online-Überweisungen. Bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres kostenfrei. Ab Vollendung des 30. Lebensjahres: mtl. Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Neukunde (kein Girokonto in den letzten 24 Monaten). Weitere 100,– Euro Startprämie bei Nutzung des Fino-Kontowechselservices, inkl. Umzug von mind. 3 Zahlungspartnern innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Die Auszahlung kann nach Erfüllung der Bedingungen bis zu 8 Wochen dauern und erfolgt auf das eröffnete BBBank-Girokonto. Änderungen, Anpassungen oder Beendigung des Angebotes bleiben vorbehalten; Start der Aktion: 01.11.2024. Diese Prämien sind sonstige Einkünfte gem. § 22 Nr. 3 EStG, welche in der Steuererklärung angegeben werden müssen. Hierbei gilt jedoch eine Freigrenze (nicht Freibetrag) von 256,– Euro je Kalenderjahr für alle derartigen Einkünfte. Ab 256,– Euro je Kalenderjahr muss der volle Betrag versteuert werden. Hier ist ggf. auf den Steuerberater zu verweisen. [3] Visa DirectCard (Ausgabe einer Debitkarte) ab 18 Jahren möglich; bonitätsabhängig. Bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres 0,– Euro p. a. danach 18,– Euro p. a. 36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro. Gegebenenfalls wird durch den Geldautomatenbetreiber ein (zusätzliches) Entgelt erhoben.

Frühjahrstagung der Landesarbeitsgemeinschaft der Personalräte

Damp, 12. Juni 2025 – Rund 225 Mitglieder von Personalräten aus ganz Schleswig-Holstein versammelten sich zur Frühjahrstagung der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) im sonnigen Damp. Im Fokus stand der Einstieg in die Künstliche Intelligenz (KI) sowie die Mitbestimmung bei deren Einsatz in Fachsoftware und Bots. Ergänzt wurde das Programm durch aktuelle arbeitsrechtliche Urteile und Berichte der Gewerkschaften.

Von links nach rechts: Maamon Kashafa, Christian Sehlleier und Jens Paustian von der komba Geschäftsstelle in Kiel.

Die Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen prägten die Berichte der komba gewerkschaft sh und der Gewerkschaft ver.di. Die komba betonte dabei insbesondere die Bedeutung der Mitgliedschaft als stärkste Grundlage für eine kraftvolle Stimme der Tarifbeschäftigten – der beste Motor für faire Mitbestimmung und bessere Tarifergebnisse.

Ein kontroverser Austausch entstand auf Nachfrage eines LAG-Mitglieds, warum die komba nicht gemeinsam mit ver.di streike. **Christian Sehlleier**, Leiter der Kieler Geschäftsstelle der komba, berichtete von seinen wiederholten Versuchen, Warnstreiks gemeinsam mit ver.di organisieren zu wollen. Diese seien von ver.di aber leider abgelehnt worden – und wenn überhaupt möglich, dann nur unter Bedingungen, die eine optische Präsenz der komba, etwa durch Banner, Westen oder Mützen, ausschlossen. **Sabine Kaiser**, Referentin von ver.di, bestätigte dabei im Austausch am Rednerpult diese Haltung und warf der komba vor, scheinbar nur ver.di-Inhalte zu kopieren, an Tarifverhandlungen angeblich nicht beteiligt zu sein und sich nur in den Vordergrund drängen zu wollen.
Ihre Vorwürfe konnte Kaiser nicht belegen und traf auch bei den Teilnehmenden der LAG auf lautstarke Ablehnung. Die komba missbilligt den Zwischenfall und den offen zur Schau gestellten Machtkampf. Dieses Verhalten steht einer guten und solidarischen Tarifpolitik diametral entgegen.

Nichtsdestotrotz zeigt sich die komba gewerkschaft sh auch zukünftig offen für eine Zusammenarbeit mit den Kolleg*innen von ver.di. „Uns geht es in erster Linie um die bestmögliche Mitbestimmung der Tarifbeschäftigten und um nichts anderes“, betont Christian Sehlleier. Die nächste LAG-Tagung findet am 13. November 2025 in Brunsbüttel statt. CS ■

Auf einer Linie mit der Bürgerbeauftragten:

Digitalisierung muss endlich entlastende Wirkung haben

Der dbb sh unterstützt im Einvernehmen mit der komba gewerkschaft schleswig-holstein die Initiative der Arbeitsgemeinschaft der Bürgerbeauftragten der Länder zur Digitalisierung der Verwaltung.
Dies hat dbb Landesbundvorsitzender **Kai Tellkamp** der Schleswig-Holsteinischen Bürgerbeauftragten **Samiah El Samadoni** zugesagt, zumal sich in dem Grundsatzpapier maßgebende dbb Positionen widerspiegeln. Der dbb sh spricht sich ergänzend dafür aus, die Belange des Personals bei den anstehenden Prozessen mit einem hohen Stellenwert zu versehen.

El Samadoni und Tellkamp zeigten sich in einem persönlichen Gespräch einig, dass die Herausforderungen und Handlungserfordernisse im Zusammenhang mit der Digitalisierung dringend zielorientiert angepackt werden müssen, wozu auch das Land Schleswig-Holstein und die Kommunen entsprechend beitragen müssen. „Benötigt wird die Etablierung eines zentralen Verwaltungszugangs für alle Dienstleistungen“, bekräftigt die Bürgerbeauftragte eine zentrale Forderung aus dem Grundsatzpapier. „Zufrieden sind aber wir erst dann, wenn auch bei den Beschäftigten endlich Entlastungen spürbar werden“ ergänzt der dbb Landesbundvorsitzende. Aktuell ist eher das Gegenteil zu verzeichnen. Digitalisierungsprozesse bedeuten häufig beständige Doppel- beziehungsweise Mehrarbeit. Hinzu kommt, dass effizienzfördernde Optimierungen der Verwaltungsstrukturen noch nicht in Sicht sind.
Die Gesprächspartner wollen am Ball bleiben, um - gegebenenfalls gemeinsam - kompatible Ziele voranzubringen. Dazu gehören weitere Forderungen aus dem Positionspapier, wie zum Beispiel eine:

- digitale Gesamtarchitektur der Verwaltungen, in der Insellösungen überwunden werden

- Professionalität in der Umsetzung, gegebenenfalls mit gesetzlichen Anpassungen
- verständliche und selbsterklärende Kommunikation mit der Verwaltung
- moderne Bürgernähe und -beteiligung durch neue Formate wie digitale Bürgerbüros sowie Online-Beteiligungsplattformen.

Ergänzend wies Tellkamp darauf hin, dass ein moderner und leistungsfähiger öffentlicher Dienst aber auch in Aufgabenbereichen wichtig ist, in denen die Möglichkeiten einer Digitalisierung nicht oder nur eingeschränkt bestehen. „Die dort tätigen Kolleg*innen dürfen wir bei Modernisierungsaktivitäten nicht vergessen, auch sie benötigen zeitgemäße Arbeitsbedingungen!“ KT ■

komba beim dbb Landesbeirat:

Komprimierter Einblick zeigt Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit

Einmal im Jahr lädt unser Spitzenverband dbb schleswig-holstein seine Mitgliedsgewerkschaften ein, um über die aktuelle Lage der Gewerkschaftsarbeit zu informieren. Die komba gewerkschaft hat mit einem Team um Landesvorsitzenden **Daniel Schlichting** die Tagung des diesjährigen dbb Landesbeirats in Kiel begleitet – zumal die komba als größte dbb Mitgliedsgewerkschaft die Arbeit des dbb mitgestaltet und -verantwortet. Das kommt auch darin zum Ausdruck, dass dem dbb Landesvorstand mit Kai Tellkamp als Vorsitzenden sowie mit der für Tarifangelegenheiten zuständigen Stellvertreterin **Daniela Schönecker** auch zwei kombaner angehören.

Von links nach rechts: Tatje Lass, Kai Tellkamp, Daniela Schönegger, Daniel Schlichting, Peter Mrozowski, Maamon Kashafa und Christian Sehlleier.

Was geschafft wurde und am Laufen ist

Da der Landesbeirat auch die Aufgabe hat, die Arbeit des dbb Landesvorstandes „abzusegnen“, wurde mit einem Tätigkeits- und Lageberecht ein Einblick in die aktuelle Gewerkschaftsarbeit gegeben. Dabei wurde einmal mehr deutlich, welche Vielzahl und Vielfalt von Themen in die gewerkschgaftliche Interessenvertretung einfließen, um die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten zu schützen und positiv zu beeinflussen. An dieser Stelle kann nur auf einige Schlaglichter hingewiesen werden:
Dazu gehört der Tarifabschluss zum TVöD, der eine Einkommensanpassung mit einem ersten Schritt ab April 2025 zum Gegenstand hat (siehe auch Bundesteil dieser Ausgabe). Mit diversen Aktionen konnte in Schleswig-Holstein ein guter Beitrag geleistet werden, um Bewegung auf Arbeitgeberseite zu erreichen. Aktuell werden bereits die Vorbereitungen für die Einkommensrunde der Länder sowie die darauf aufbauende Besoldungsrunde für Schleswig-Holstein vorbereitet.
Im Zusammenhang mit der Einkommensentwicklung sind auch die Auseinandersetzungen und Aktivitäten zur Gewährleistung einer amtsangemessenen Alimentation in Schleswig-Holstein zu sehen. Um eine Korrektur der aus Sicht des dbb nicht gerechtfertigten Streichungen beim Weihnachtsgeld sowie der aus Sicht des dbb missglückten „Reparaturen“ durchzusetzen, laufen mehrere Verfahren, unter anderem eine Verfassungsbeschwerde. Darüber hinaus wurden diverse Vorlagen bereitgestellt, damit Betroffene ihre Ansprüche absichern können.

Die politische Diskussion zur Entwicklung des Arbeitszeitrechts findet auch in Schleswig-Holstein statt, so dass wir Argumente gegen eine Ausweitung der zulässigen täglichen Arbeitszeit und für eine Arbeitszeitflexibilisierung und -verkürzung platziert wurden. Aktuell werden außerdem Hilfestellungen und Informationen zur Umsetzung der in der letzten Einkommensrunde getroffenen Modelle „Zeit oder Geld“ sowie „Langzeitkonten“ vorbereitet.

Die Karrieremöglichkeiten im öffentlichen Dienst sollen durch Anpassungen der Allgemeinen Laufbahnverordnung sowie der Leistungs- und Beförderungsgrundsätze verbessert werden. Auch die umfassenden Beteiligung an der Überarbeitung zweier für die Rechte der Beschäftigten wichtiger Gesetze nimmt einen hohen Stellenwert ein. Das gilt gleichermaßen für mehrere Vereinbarungen mit der Landesregierung, die aktuell verhandelt werden. Dabei geht es zum Beispiel um „Moderne Büro- und Raumkonzepte“ und die Personalentwicklung.

Ausfluss und Gegenstand der Gewerkschaftsarbeit ist auch die Durchführung von jährlich über 50 Semi-

naren in Schleswig-Holstein, mit denen sich Mitglieder, Funktionsträger und Personalräte informieren können. Auch Bildungsreisen, die eine Inanspruchnahme von zusätzlichem „Bildungsurlaub“ ermöglichen, gehören zum Angebot.
Politische Diskussion: Aufgaben, Ressourcen und Abläufe besser aufeinander abstimmen.

Diese Vorstellungen verbinden der dbb sh und die komba sh mit der Auflösung des Reformstaus, der auch im öffentlichen Dienst unübersehbar ist. Das war auch Gegenstand einer Diskussion im Rahmen des dbb Landesbeirats, an der unter anderem der Chef der Staatskanzlei, Minister **Dirk Schrödter**, teilnahm.
Auf dem Podium waren neben Minister Schrödter außerdem **Jörg Bülow** (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gemeindetages Schleswig-Holstein), **Dr. Aloys Altmann** (Präsident des Steuerzahlerbundes Schleswig-Holstein) sowie dbb Landesbundvorsitzender **Kai Tellkamp**. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Rolle des öffentlichen Dienstes bei den Modernisierungsvorhaben für Bund und Land.

„Wir sehnen uns geradezu nach Bürokratieabbau, er muss allerdings gut gemacht werden“, stellte Tellkamp heraus. Die Ergebnisse müssen bei den Beschäftigten wirklich positiv spürbar sein, was aktuell kaum der Fall sei. Der Chef der Staatskanzlei verwies allerdings auf Impulse, die aus den Digitalisierungsaktivitäten des Landes sowie aus den zusätzlichen finanziellen Mitteln durch das Sondervermögen des Bundes ausgehen werden. Aus Sicht der Kommunen verwies Jörg Bülow auf ergänzende Erfordernisse, vor Ort mehr Spielräume für die Aufgabenerfüllung und eigene Entscheidungen zu schaffen. Dr. Altmann sorgte sich um eine weitere Form von Spielräumen, nämlich um die die finanziellen. Diese drohen durch die erhebliche Ausweitung der Verschuldung enger zu werden, was sich negativ auf die verfügbaren Mittel für das Personal auswirken könnte.
Der dbb und die komba werden also alle Hände voll zu tun haben, um die Interessen der Beschäftigten auch bei den anstehenden Modernisierungsaktivitäten bei Bund, Ländern und Kommunen zu vertreten. KT ■

Eisessen des komba- Regionalverbandes Rendsburg-Eckernförde

Am 20.7.2025 trafen sich Mitglieder des Regionalverbandes RD-Eckernförde in gemütlicher Runde zum Eisessen in Eckernförde.
In den Gesprächen ging es um die Grundlagen und Aufgaben der Gewerkschaft, ebenso wurden Tarifverhandlungen sowie die Rolle von Personal- und Betriebsräten thematisiert.
Es waren Beschäftigte aus verschiedenen Arbeitsfeldern vor Ort, so konnte auch über unterschiedliche Bedürfnisse und Anforderungen an die Gewerkschaft gesprochen werden. KL ■

Gewerkschaftlicher Austausch in entspannter Atmosphäre – Eisessen in Eckernförde.

Senior*innen

Fragen, Wünsche, Anregungen?

Unseren Seniorenbeauftragten erreichen Sie wie folgt:
Bernd Günther Schmidt
E-Mail: senioren@komba-sh.de
Sind Sie per Fax oder E-Mail zu erreichen und möchten Sie aktueller über Ereignisse und Angebote für Senior*innen informiert werden?

Dann teilen Sie Ihre Adresse unserem Seniorenbeauftragten mit!

Wir gratulieren!

Alles Gute wünschen wir unsere Kolleg*innen, die Geburtstag hatten oder haben.

Wir gratulieren zum:

88. Geburtstag
25.07. Günter Klatt, Wedel

86. Geburtstag
13.08. Manfred Seeliger, Geesthacht

70. Geburtstag
25.08. Heike Hohmann, Geesthacht

komba rundschau
schleswig-holstein

Heft Juli/ August 2025

Jugend

Pizza und Politik – unser Nachmittag bei Christian Dirschauer

Am 06. Juni 2025 folgte die Landesjugendleitung gemeinsam mit interessierten Mitgliedern der Einladung von **Christian Dirschauer** – ehemaliger Komba-Landesvorsitzender und derweil Landtagsabgeordneter für den SSW.
Mit perfektem Timing kamen wir gemeinsam mit der bestellten Pizza am Landtag an und wurden damit von Christian herzlich begrüßt. Schon auf dem Weg in den Besprechungsraum konnten wir einen ersten Blick ins Gebäude werfen – inklusive einer Fahrt im bunten Paternosteraufzug. Definitiv ein Highlight!
Im Besprechungsraum angekommen, stellten wir uns kurz gegenseitig vor und stärkten uns zunächst mit Pizza. Währenddessen erzählte Christian bereits aus seinem Alltag als Landtagsabgeordneter und gab Einblicke in seinen Wochenablauf.
Anschließend war Zeit für unsere Fragen. Das Gespräch entwickelte sich schnell in Richtung Ehrenamt – ein zentrales Thema für uns Kombaner*innen. Auch die Arbeitsbedingungen für Beamt*innen wurden thematisiert und vieles mehr. Christian zeigte dabei klar seine Unterstützung und wie er sich dafür starkmacht.

Nach dem offenen Austausch und der gemütlichen Pizzarunde ging es für uns weiter in den Plenarsaal. Dort erhielten wir spannende Informationen zur Sitzverteilung und zum Ablauf einer Plenardebatte.
Insgesamt war es ein sehr angenehmer Nachmittag mit einem wertvollen Austausch und interessanten Eindrücken aus dem Landtag.
Herzlichen Dank an Christian für die Möglichkeit! Wir kommen gerne wieder! TL ■

Pizza, Politik und Paternoster –
die Landesjugendleitung zu Besuch bei
Christian Dirschauer im Landtag.

Landesjugendausschuss 2025 – Save the Date!

Am 05.09.25 ist es wieder so weit: Unser Landesjugendausschuss steht an – mit spannenden Einblicken und einem geselligen Bowlingabend. Anmeldeschluss: 20.08.25. Mehr Infos folgen mit der Einladung. Übrigens: Wir suchen Verstärkung! Wenn du Lust hast, dich in der Landesjugendleitung zu engagieren, melde dich bei uns!